

HAUSHALTSREDE 2015

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich darlegen, weshalb die Fraktion der Grünen dem vorgelegten Haushalt und gerade auch dem umstrittenen Stellenplan zustimmen kann. Dies geschieht nicht zuletzt, weil ein paar der neu geschaffenen Stellen auch unserer Hartnäckigkeit zu verdanken sind.

Die robuste Konjunktur und anhaltend niedrige Kreditzinsen lassen in unseren Augen notwendige Investitionen derzeit volkswirtschaftlich sinnvoll erscheinen.

So sind wir überzeugt, dass sich jeder Euro, der direkt oder indirekt in die Förderung von Kindern und Jugendlichen fließt, ‚auszahlt‘. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass sich der Landkreis nach und nach die Sanierung sämtlicher Schulen aufs Tapet geschrieben hat. Aber auch die vom Landkreis angestellten frühkindlichen Schutz- und Fördermaßnahmen (Stichworte ‚KoKi‘ und Übernahme der Kita-Gebühren für Kinder von HilfeempfängerInnen) möchten wir hervorheben. Durch das bei uns erfreulich gut aufgestellte Pflegeelternwesen werden hohe Heimkosten vermieden – das Geld sollte jedoch (auch) künftig für Kinder und Jugendliche ausgegeben werden: für eine Wieder-Ausweitung der berufsbezogenen Jugendhilfe und für noch mehr Sozialarbeit an Schulen, etwa auch an der Berufsschule. Über die anstehenden Renovierungsarbeiten im Jugendübernachtungshaus Markt Bibart haben wir uns erst kürzlich vor Ort informiert. Unsere Fraktion wünscht, dass diese Arbeiten zügig angegangen werden, sodass das Selbstversorgerhaus mit dem idealen Bahnanschluss und den günstigen Übernachtungspreisen auch künftig für die verbandliche Jugendarbeit, aber auch für Schulklassen – was eine Aufstockung der Bettenzahl und die Anbringung einer Fluchttreppe bedeutet - zur Verfügung stehen kann.

Diese Immobilie wurde in der Vergangenheit immer wieder bei der Frage der Unterbringung von Asylbewerbern ins Spiel gebracht. Der Landkreis hat nun allerdings erfreulicherweise den Weg eingeschlagen, verstärkt kleinere Wohneinheiten anzumieten – und hat damit eine unserer zentralen Forderungen des Vorjahrs erfüllt. Ebenso wurde die von uns eingebrachte Ausweitung der hauptamtlichen sozialen Betreuung zügig umgesetzt. Auch gab uns die personelle Unterbesetzung im Ausländeramt zu denken – insbesondere im Hinblick auf die zu erwarten gewesene und auch eingetretene steigende Zahl von Flüchtlingen. Auch darauf hat das Hauptverwaltungsamt mit seinem Stellenplan reagiert.

Insgesamt nehmen wir bei der neuen Landkreisspitze eine erfreulich unvoreingenommene und bürokratische Hemmnisse vermeidende Haltung sowie rasches Handeln in der Flüchtlingsfrage wahr; das vorbildliche Agieren in Sachen Erstunterkunft Bad Windsheim steht dafür beispielhaft. Gerade in diesem Zusammenhang möchten wir auch die verbesserte Öffentlichkeitsarbeit lobend erwähnen.

Im sozialen Bereich ist für unsere Landkreisbürgerinnen und -bürger u. E. auch die Aufstockung der Schuldnerberatung um eine zweite Stelle vonnöten. Wartezeiten von acht Monaten sind nicht nur für die Schuldner völlig inakzeptabel, sie gefährden indirekt auch die Existenz vieler Betriebe und Einzelpersonen im Landkreis - wenn Menschen z.B. ihre Handwerkerrechnungen oder die Miete nicht mehr bezahlen können. Leider konnten sich Sie, liebe KreistagskollegInnen, nur zur Gewährung einer halben Stelle durchringen - aber immerhin.

Es ist darüber hinaus sehr zu begrüßen, dass auch für das kommende Jahr ein größerer Betrag zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kreiskliniken geplant ist. Diese Maßnahme halten wir für unabdingbar, während wir es nicht für notwendig erachten, Geld des Landkreises für den Erwerb des Titels ‚Gesundheitsregion‘ auszugeben. Von der Franken-Therme Bad Windsheim liest man nur Erfolgsmeldungen –

dennoch muss der Kreis Jahr für Jahr ca. 200.000 € Investitionskostenzuschuss geben. Wäre es da nicht recht und billig, wenn die Franken-Therme GmbH oder die Stadt Bad Windsheim als vermutliche Hauptnutznieser die Trägerschaft und damit die Kosten übernehmen?

Der Landkreis hat in den letzten Jahren, meist für teures Geld, etliche breit angelegte Untersuchungen in Auftrag gegeben: Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, Jugendhilfeplan, Nahverkehrsplan. Nach zahllosen Arbeitsgruppensitzungen, fast noch mehr Powerpoint-Präsentationen, Bergen von Papier und immer neuen Flyern vermischen wir immer noch mehr konkrete Verbesserungen. Obwohl der Bereich des Regionalmanagements durch die Schaffung einer neuen Abteilung enorm aufgewertet worden ist, wurde, um ein Beispiel herauszugreifen, vom bereits etliche Jahre alten Nahverkehrsplan immer noch viel zu wenig umgesetzt. Und nun wird bereits an dessen Fortschreibung gearbeitet, wozu erneut – in unseren Augen überflüssige – Erhebungen angestellt werden sollen. Im Grunde ist es aber doch völlig egal, ob nun – sagen wir - in Schornweisach 450, wie im Jahr 2009, oder aktuell nur noch 436 Menschen leben. Wichtig ist doch einzig und allein, ob die Mutter und ihr Säugling mit dem Linienbus oder notfalls einem Rufbus zur Vorsorgeuntersuchung nach Neustadt, die alte Frau zum Besuch ihres Ehemanns in die Rehaklinik nach Herzogenaurach, der Lehrling zu seinem Ausbildungsplatz nach Ergersheim und die angedüdelten Winterwanderer nach der Stärkung im Wirtshaus sonntags wieder heim nach Münchsteinach kommen.

Die Abfallwirtschaft dagegen sehen wir auf einem sehr guten Weg. Besonders vom Erfolgsmodell ‚Wertstoffsammlung im Bringsystem‘ sollten wir auf keinen Fall abrücken. Das neu entstehende Anlieferzentrum auf unserer zentralen Deponie unterstützt dieses Konzept und ist deshalb eine sehr sinnvolle Investition. Bedauerlich finden wir jedoch, dass sich die Dettendorfer Bevölkerung nicht hinter das De-

poniererweiterungskonzept des Landkreises stellen wollte. Nun müssen dafür neue Grundstücke angekauft werden. Mehr noch als der finanzielle schmerzt uns der Schaden für die Umwelt. Wieder verschwindet ein Teil des unsere Landschaft mitprägenden Waldes. Überhaupt scheint der Naturschutz immer mehr an den Rand gedrängt zu werden, was nicht zuletzt durch den Stellenplan deutlich wird.

Spätestens im nächsten Haushalt sollte zumindest die Stelle eines Energie- und Gebäudemanagers für die kreiseigenen Liegenschaften eingeplant werden. Trotz der Modernisierungsmaßnahmen sind etwa die Energieverbräuche im Schulzentrum Neustadt angestiegen. Das muss unbedingt von einer Fachperson, gegebenenfalls auch von außen ‚eingekauft‘, überprüft und optimiert werden, um in der Folge energiesparende Maßnahmen zu ergreifen und damit auch die Energiekosten zu senken. Um unser aller erklärtes Ziel ‚100% erneuerbare Energie im Landkreis‘ zu erreichen, steht auch der Landkreis selbst in der Pflicht, auch oder gerade weil aktuell die angestrebte Energiewende bundesweit ins Stocken geraten ist.

Wir wollen nicht versäumen, uns bei der neuen Kämmerin für ihre hervorragende Arbeit und die stets übersichtliche und verständliche Darstellung derselben zu bedanken.

Frau Ripka, Herr Landrat, liebe KollegInnen: Die Grüne Fraktion kann dem Haushalt zustimmen.